



Berliner Mauer am Brandenburger Tor im November 1989

THOMAS ERNSTING / BILDBERG

HISTORIKER

Psychologische Kriegführung

Während der Hochphase des Kalten Krieges haben Beamte des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen fast wie Geheimdienstler gegen die DDR operiert – weitgehend unkontrolliert und mit Millionen an Steuergeldern. Der in Potsdam lehrende Historiker Stefan Creuzberger, 46, hat jetzt erstmals systematisch die im Koblenzer Bundesarchiv aufbewahrten Akten ausgewertet*. Dabei stellte er fest, dass die Geschichte der Bonner Behörde ganz deutlich das von

„Irrationalität und Widersprüchlichkeiten geprägte“ Verhältnis zum SED-Regime widerspiegele. Aufgabe selbst untergeordneter Referatsleiter sei es gewesen, die „östliche Ideologie“ niederzukämpfen. So unterstützte das Ministerium im Rahmen einer „psychologischen Kriegführung“, wie dessen politisch-operative Arbeit in der internen Amtssprache hieß, mit immensen Summen die sogenannten Ostbüros von CDU, SPD und FDP. Im Jahr 1953 plante es gar, die Volkspolizei der DDR „durch Zersetzung ihrer geistigen Grundlagen zu erschüttern“ – mit Hilfe eines Abwehrspezialisten aus der NS-Zeit. Selbst vor verdeckten Versuchen, die politischen Gegner im eigenen

Land zu desavouieren, schreckten die Bonner Amtsleute nicht zurück. Sie alimentierten den dubiosen „Volksbund für Frieden und Freiheit“ und verunglimpften die auf Dialog mit der DDR bedachte Gesamtdeutsche Volkspartei des späteren Bundespräsidenten Gustav Heinemann. Auch legten sie eine geheime Kartei an, die über 20 000 vermeintliche Antidemokraten und Kommunistenfreunde auflistete, die in der Bundesrepublik lebten. Die illegale Sammlung diente nicht nur den Hausherrn selbst und anderen Ministerien. Nutznießer waren auch das Bundesamt für Verfassungsschutz, der Bundesnachrichtendienst und vermutlich auch der US-amerikanische Geheimdienst CIA.

* „Kampf für die Einheit. Das gesamtdeutsche Ministerium und die politische Kultur des Kalten Krieges 1949–1969“. Droste Verlag, Düsseldorf; 604 Seiten; 49,50 Euro.

FUNKTIONÄRE

Kostenlose Impfung für Bach

Der Vizepräsident des IOC, Thomas Bach, gerät zunehmend in den Sog der Affäre um die heimlich von Siemens finanzierte Betriebsräte-Organisation AUB. Wie sich aus Ermittlungsakten ergibt, hat sich der ehemalige Siemens-Lobbyist Ende 2004 bei der Betriebsärztlichen Dienststelle der Siemens AG impfen lassen. Bach behauptet, er habe dies getan, weil er als Anwalt für Siemens ins Ausland reisen musste. Die Kosten über 1582,40 Euro trugen nicht Bach oder Siemens, sondern die Firma pro fit GmbH, die zu 90 Prozent seinem Duz-Freund und Ex-AUB-Chef Wilhelm Schelsky gehörte. Warum das so war, konnte Bach auf Anfrage nicht erklären; dieser Umstand sei ihm unbekannt gewesen. Bach bestätigte zudem, dass er sich am 3. Mai 2004 im Kempinski Hotel am Münchner Flughafen mit Schelsky und dem damaligen Siemens-Zentralvorstand Johannes Feldmayer getroffen habe. Feldmayer

steht zurzeit mit Schelsky in Nürnberg vor Gericht (SPIEGEL 39/2008), weil er bei Siemens jahrelang für die AUB-Finanzierung verantwortlich gewesen sein soll. Die Kosten des Essens trug Schelsky. Laut Bach habe das Treffen aber nur einen rein privaten Hintergrund gehabt. Weder bei dieser noch bei anderer Gelegenheit habe er mit Schelsky oder anderen über die von Siemens finanzierten Bemühungen gesprochen, mittels AUB arbeitgeberfreundliche Betriebs- oder Aufsichtsräte zu installieren. Er habe sich auch nicht rund 40-mal von Schelsky zum Essen einladen lassen, wie das aus Schelskys Buchhaltung hervorgeht.



Bach

HENNING SCHACHT / ACTION PRESS

ABGEORDNETE

Unerwünschte Plakate

Im Bundestag ist ein bizarrer Streit um Plakate ausgebrochen, die Abgeordnete an die Türen und Wände ihrer Büros heften. Schon im Mai hatten die Beamten von Bundestagspräsident Norbert Lammert per Hausmitteilung vor „kostenträchtigen Instandsetzungsarbeiten“ gewarnt. Es bestehe zum Beispiel die Gefahr, dass Klebstoffe dauerhaft „Holzoberflächen verunreinigen“. Die Poster müssten daher abgehängt werden. Weil Parlamentarier aller Fraktionen den Wunsch konsequent ignorierten, hefteten Lammerts Beamte die Hausmitteilung nun auf viele angeprangerte Poster. Die Aktion ärgerte unter anderem den FDP-Abgeordneten Heinz-Peter Hausteин, der ein überklebtes Plakat eines Museums aus dem Erzgebirge zu beklagen hatte. Hausteин findet, der „gute Brauch“ mit den Postern erleichtere Besuchern die Orientierung im Gewirr der gleich aussehenden Flure. Das hat er nun auch Lammert geschrieben – und zudem Erzgebirgsvereine aufgefordert, ihm weitere Plakate zu schicken.